



Keine Gesichtsverhüllung bei staatlichen Aufgaben

Für die Erledigung staatlicher Aufgaben ist es wichtig und geboten, Beamtinnen und Beamten ins Gesicht schauen zu können.

Dementsprechend ist es für die Funktionsfähigkeit der Verwaltung erforderlich, für Beamtinnen und Beamte sowie Soldatinnen und Soldaten ein gesetzliches Verbot der Verhüllung des Gesichts bei Ausübung ihres Dienstes vorzuschreiben. Gleiches wird auch für Mitglieder der Wahlausschüsse und Wahlvorstände zukünftig gelten. Denn dort, wo eine Identifizierung von Bürgerinnen und Bürgern rechtlich notwendig und geboten ist, muss ein Abgleich amtlicher Lichtbildausweise mit dem Gesicht der Ausweisinhaberin oder des Ausweisinhabers durchgesetzt werden können.

Der von der unionsgeführten Bundesregierung in dieser Sitzungswoche eingebrachte Gesetzesentwurf fordert ein, das Gesicht sichtbar zu machen bzw. zu lassen. Durch eine Änderung des Bundesbeamtengesetzes, des Beamtenstatusgesetzes und des Soldatengesetzes wird es Beamtinnen und Beamten sowie Soldatinnen und Soldaten demnach untersagt, bei Ausübung ihres Dienstes oder bei Tätigkeiten mit unmittelbarem Dienstbezug das Gesicht durch Kleidung o. ä. zu verhüllen. Ausnahmen sind nur zu gesundheitlichen (z. B. Infektionsschutz) oder dienstlichen Zwecken (z. B. Eigenschutz) möglich.

„Fake news“ zur Sicherheitslage in Deutschland

SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz wirft der Union vor, sie sei verantwortlich für die schlechte Sicherheitslage und habe durch ihre neoliberale Politik die Sicherheitsorgane ausgeblutet.

- Die Vorwürfe sind haltlos und zeigen, dass auch beim Thema der inneren Sicherheit die nötige Sachkenntnis fehlt, und er stattdessen lieber mit „Fake news“ arbeitet.
- Die Union hat eine beispiellose Zunahme beim Personal von Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Sicherheitsbehörden des Bundes durchgesetzt: Bis 2020 wird es insgesamt 10.000 neue Stellen geben.
- Auch im Bundeshaushalt 2017 ist die innere Sicherheit ein Schwerpunkt. Mit 4,3 Milliarden Euro haben wir die jährlichen Ausgaben für die innere Sicherheit seit 2006 (2,2 Milliarden Euro) fast verdoppelt und so über die Jahre einen kontinuierlichen Anstieg für diesen wichtigen Bereich sichergestellt.
- Wo das eigentliche Problem liegt, zeigen die Statistiken zur Polizeidichte in den Bundesländern: Die mehrheitlich SPD-geführten Flächenländer liegen hinten. Das SPD-regierte Rheinland-Pfalz bildet mit 224 Polizisten pro 100.000 Einwohner das Schlusslicht. **Rechnet man die Verwaltungsbeamten aus der Statistik heraus und betrachtet nur die Vollzugsbeamten, nimmt das SPD-regierte Nordrhein-Westfalen den letzten Platz ein, d.h. das bevölkerungsreichste Bundesland hat die niedrigste Polizeidichte.** So wird die Sicherheit im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen kaputt gespart.
- Die vier der fünf unsichersten Bundesländer werden von der SPD geführt. In NRW kann man kaum noch von „Sicherheitslage“ sprechen, wenn man die Probleme bei der inneren Sicherheit betrachtet: Hooligan-Krawalle und Silvesternacht in Köln, die meisten Einbrüche und schlechte Aufklärungsquote hat die SPD in NRW zu verantworten.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



die verbalen Entgleisungen, die wir in diesen Tagen wiederholt aus der Türkei zur Kenntnis nehmen mussten, haben uns nicht nur in unserer Landesgruppensitzung, sondern auch in Fraktion und Bundestag beschäftigt.

Diese Vorwürfe bis hin zu einem Nazi-Vergleich sind so absurd, dass wir uns eigentlich nicht weiter damit zu beschäftigen bräuchten - wenn es nicht ca. 1,5 Millionen türkische Staatsbürger in Deutschland gäbe, viele davon mit türkischer und deutscher Staatsbürgerschaft.

Diese Mitbürger versuchen Erdogan und seine Kampfgenossen für ihre dunklen Zwecke politisch zu vereinnahmen. Die bei uns in Deutschland lebenden und beim Referendum wahlberechtigten Türken müssen aber wissen, dass die Pläne Erdogans neben der Aufhebung der Gewaltenteilung in der Türkei auch eine Abwicklung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bedeuten. Nicht umsonst liegt seitens der Venedig-Kommission des Europarats eine vernichtende Stellungnahme zu dem Verfassungsentwurf vor.

Unsere türkischen Mitbürger müssen daher wissen, dass wir an ihrer Seite stehen, wenn sie sich gegen diese Reform wehren.

Wir wollen nicht, dass innenpolitische Konflikte der Türkei in Deutschland ausgetragen werden. Wahlkampfauftritte von türkischen Kabinettsmitgliedern zum Zweck der Werbung für die Einschränkung der Demokratie in der Türkei sind bei uns unerwünscht.

Statt aber nur darüber zu diskutieren, ob und wie das Außenministerium oder gar einzelne Städte solche Auftritte verhindern können, ist für mich die entscheidende Frage, ob ein solches Referendum in Deutschland überhaupt abgehalten werden soll.

Fakt ist, dass es keine völkerrechtliche Pflicht gibt, eine solche Abstimmung in Deutschland zu dulden, und dass diese Entscheidung der Außenminister, Sigmar Gabriel, zu treffen hat. Ich wüsste, wie ich in einer solchen Frage entscheiden würde: denn ohne Referendum in Deutschland würde es wohl auch kaum einen Referendums-Wahlkampf in Deutschland geben!

Es grüßt Sie

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Carlos Albuquerque



Wir brauchen keine staatliche Weiterbildungsagentur

Schulz-Vorschläge lösen Probleme am Arbeitsmarkt nicht

Der designierte SPD-Kanzlerkandidat Schulz will die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I verlängern und die Agentur für Arbeit zu einer Agentur für Arbeit und Qualifizierung umbauen. Dazu erklärt der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Schiewerling MdB:

„Das von Schulz geplante Recht auf Weiterbildung durch die Bundesagentur für Arbeit sowie der Ausbau der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung mit dem neuen Schwerpunkt auf Qualifizierung geht an den Ursachen der Probleme auf dem Arbeitsmarkt vorbei und löst diese nicht.

Die Weiterbildungsberatung der Bundesagentur für Arbeit muss sich auch weiterhin sowohl an den Begabungen des Einzelnen als auch am Bedarf des Arbeitsmarktes orientieren. Ein Rechtsanspruch auf Qualifizierung, die nicht den Bedarf am Arbeitsmarkt im Blick hat, verfehlt dies und wird dazu führen, dass viele Arbeitslose auch nach Abschluss der Weiterbildung keinen Arbeitsplatz finden werden. Die Qualifizierungsberatung der Agentur muss eine Lotsenfunktion für Arbeitssuchende wahrnehmen. Sie darf aber keine Agentur für Qualifizierung werden, die Weiterbildung Beschäftigter selbst durchführt. Die Beschäftigten und die Betriebe können selbst am besten beurteilen, welchen Qualifizierungsbedarf es gibt. Dies kann die Agentur für Arbeit nicht übernehmen. Das Arbeitslosengeld dient der Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Längere Bezugsdauern verringern in der Regel auch Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Es müssen Anreize geschaffen werden, Arbeitslosigkeit schnellstmöglich zu überwinden. Wir wollen nicht, dass sich Arbeitslosigkeit verfestigt!

Arbeitsmarktpolitik hat sich vor allem um die schwächeren Bewerber zu kümmern. Und das sind beispielweise Jugendliche ohne Schul- und Berufsabschluss. Hier lohnt es sich anzusetzen. Die Union hat in der Vergangenheit unter anderem mit der assistierten Ausbildung einen wichtigen Schwerpunkt gesetzt. Ziel unserer Anstrengungen ist es, allen Jugendlichen die Chance auf eine gute Ausbildung zu verschaffen. Denn nur sie schafft die Grundlage für ein eigenständiges Leben mit guter Perspektive und der nötigen Sicherheit.

Wenn jeder zehnte Jugendliche in Deutschland die Schule ohne Schulabschluss verlässt, dann ist das der eigentliche Skandal. Hierauf sollten wir den Fokus richten.“

Foto: Teamfoto Marquardt

Geringwertige Wirtschaftsgüter: Anhebung der Abschreibungsgrenze von 410 auf 800 Euro

Nach über dreijährigen Verhandlungen konnten wir uns in dieser Woche mit unserem Koalitionspartner endlich auf eine Erhöhung der Grenze bei der Abschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG) von 410 auf 800 Euro einigen.



„Damit vereinfachen wir die steuerlichen Abschreibungen und setzen gleichzeitig wichtige Investitionsanreize, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen“, erklärt der für Bürokratieabbau zuständige CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete, Helmut Nowak, der diese Erhöhung initiierte und durchsetzte. Ab dem 1. Januar 2018 sollen Unternehmen Wirtschaftsgüter, wie zum Beispiel Mobiltelefone, Bürostühle, aber auch Bohrmaschinen und anderes technisches Equipment mit einem Kaufpreis bis zu 800 Euro sofort im Jahr der Anschaffung vollständig steuerlich abschreiben können.

Letztmals wurde der Schwellenwert im Jahr 1964 angehoben. „Eine entsprechende Anpassung an die heutigen betrieblichen Realitäten war nach über 50 Jahren demnach längst überfällig. Zusätzlich werden durch die signifikante Erhöhung Investitionen gefördert und bürokratischer Aufwand reduziert“, zeigte sich Nowak erfreut.

Von der Maßnahme profitiert vor allem die mittelständische Wirtschaft in unserem Land. Das zeigt einmal mehr: die Union ist die Partei des Mittelstands!

Foto: Deutscher Bundestag/Stella von Saldern

Impressum:

Ausgabe Nr. 04/2017,
09. März 2017

Landesgruppe NRW
der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck